

# SATZUNG

## des VPK-Landesverbandes privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe in Baden- Württemberg e.V.

### § 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

---

1. Der Verband führt den Namen

**VPK-Landesverband privater Träger  
der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe  
in Baden-Württemberg e.V.**

Abgekürzt: VPK Landesverband Baden-Württemberg

beschlossen am 20. März 1996

hier in der aktuellen Fassung vom 26.03.2026

2. Sitz des Verbandes ist Schutterwald.
3. Der Verband erstreckt seine Tätigkeit primär auf das Gebiet des Landes Baden- Württemberg. Er kann auch die Interessen von Mitgliedern aus anderen Bundesländern wahrnehmen, soweit dies mit dem Bundesverband abgestimmt ist. Der Tätigkeitsbereich kann unterteilt werden in Regionen, die in regionalen Arbeitskreisen zusammenarbeiten.
4. Der Landesverband Baden-Württemberg ist Mitglied im Spitzenverband „Bundesverband privater Träger\*innen der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.“ mit Sitz in Berlin.
5. Der Verband ist ein Fachverband privater Träger\*innen der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungs- und Sozialhilfe, und sowie anderer Personen und Gruppierungen die Aufgaben im Sinne des § 1 KJHG wahrnehmen, unterstützen und mittragen. Der Schwerpunkt des Verbandes liegt auf Hilfen für junge Menschen und deren Familiensysteme. Im Rahmen dieser Hilfeformen ist die Einbeziehung weiterer Rechtskreise nicht ausgeschlossen.
6. Der Verband ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden.

### § 2 Zweck

---

1. Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke zur Förderung des Wohlfahrtswesens, im Dienste sachkundiger und zeitgemäßer Sozialer Arbeit zum Wohle der Gesellschaft und des einzelnen Menschen. Der Verband fördert in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungs- und Sozialhilfe, die Bildung, Erziehung, therapeutische Behandlung, Vorsorge, Rehabilitation und Teilhabe junger Menschen und deren Familiensysteme.

Der Verband unterstützt seine Mitgliedseinrichtungen dabei, maßgeschneiderte Leistungen und Aufgaben anzubieten, um junge Menschen und ihre Familien zu stärken, positive Entwicklungen zu fördern und soziale Benachteiligungen nachhaltig abzubauen.

Der Verband fördert das Wohlfahrtswesen auch als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er will Benachteiligungen aus Gründen der ethnischen und sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern

2. Der Verband hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - a) Die kostenfreie und unabhängige Beratung von Hilfesuchenden (Eltern und deren Kinder, Junge Menschen und deren Familiensysteme) bezüglich der Gewährung von Hilfen zur Erziehung und Maßnahmen zur gesundheitlichen Vorsorge, sowie Teilhabe und Rehabilitation.
  - b) Die Förderung der Weiterentwicklung der Hilfen durch Publikationen, Kongresse und den Austausch wissenschaftlicher, medizinischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialpolitischer Informationen.
  - c) Den Erfahrungsaustausch von Einrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens unter Einbeziehung von Hilfesuchenden und deren Vertretungen (z. B. Selbsthilfegruppen) in den Regionen herbeizuführen, um dadurch die Bildung, Erziehung, therapeutische Behandlung, Vorsorge, Teilhabe und Rehabilitation junger Menschen zu fördern.
  - d) Behörden, Gesetzgeber und sonstige Institutionen bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband, den Fachverbänden und Initiativen Betroffener zu beraten sowie mit ihnen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen zusammenzuarbeiten.
  - e) An der Planung des Bedarfs an Kapazitäten mitzuwirken sowie auf angemessene Finanzierung der Investitions- und Betriebskosten bei der Gestaltung der Entgelte hinzuwirken, um hierdurch eine optimale Betreuung junger Menschen und deren Familiensysteme sicherzustellen.
  - f) Die Interessen von Verbandsmitgliedern, Fachverbänden, Hilfesuchenden und deren Zusammenschlüssen (z. B. Selbsthilfegruppen) zu vertreten.
3. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt in gemeinnütziger und selbstloser Weise, gemäß den gesetzlichen Regelungen der Abgabeordnung und den inzwischen ergangenen Ergänzungsbestimmungen. Die Aufgaben werden durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und freiwillige Zuwendungen Dritter finanziert. Mittel des Landesverbandes dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Mitglieder des Landesverbandes erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Landesverbandes. An die Gremienvertreter und Mitglieder des Vorstandes darf eine angemessene Vergütung gezahlt werden.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Mitglieder des Verbandes sowie seiner Organe haben keinerlei Ansprüche auf die Erträge des Vereinsvermögens. Bei ehrenamtlicher Tätigkeit für den Verband haben sie Anspruch auf Erstattung ihrer tatsächlich entstandenen Auslagen, soweit diese den Rahmen des Üblichen nicht überschreiten. Die Mitgliederversammlung beschließt eine Regelung der Reiskostenerstattungen und Tätigkeitsvergütungen, in der eine angemessene Aufwandsentschädigung und/oder auch Tätigkeitsvergütung für die verbandliche Tätigkeit geregelt werden kann.
5. Der Landesverband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Einrichtungen schaffen, insbesondere auch eine Geschäftsstelle mit einer Geschäftsführung. Der Landesverband kann sich eine Geschäftsordnung geben. Der Landesverband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Dienstleistungen einkaufen und eine Dienstleistungsgesellschaft gründen.
6. Zu den Aufgaben des Landesverbandes gehört es, Angebote zur fachlichen Fort- und Weiterbildung für Leitung und Mitarbeiter von Verbandsmitgliedern, Gremien, Behörden, Zusammenschlüssen Betroffener etc. anzubieten oder zu initiieren und diese im Rahmen seiner Möglichkeiten zu beraten. Eine Rechtsberatung findet nicht statt.

7. Der Landesverband kann mit bundesdeutschen und internationalen Organisationen gleicher Zielsetzung ideell oder auch organisatorisch zusammenarbeiten. Der Landesverband kann Mitglied in anderen Organisationen werden.

### **§ 3 Geschäftsjahr**

---

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### **§ 4 Mitgliedschaft**

---

1. Ordentliche Mitglieder können Träger\*innen von Einrichtungen und Diensten sein, die Leistungen der Kinder- und, Jugendhilfe, Eingliederungs- und Sozialhilfe auf der Grundlage der Sozialgesetzbücher, insbesondere (SGB VIII, SGB IX und SGB XII,) erbringen:
  - a) Träger\*innen von Leistungen und Diensten gemäß §1 Abs. 5 der Satzung
  - b) Ehemalige Träger\*innen von Leistungen und Diensten nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Arbeit
2. Mitglieder können ebenfalls werden:
  - c) natürliche Personen im Rahmen einer Einzelmitgliedschaft
  - d) natürliche Personen, Vereinigungen und juristische Personen im Rahmen einer Fördermitgliedschaft.
  - e) ehemalige Mitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands im Rahmen einer Ehrenmitgliedschaft, die sich in herausragender Weise um die Interessen des Verbandes verdient gemacht haben. Auf Vorschlag von mindestens drei Mitgliedern werden Ehrenmitglieder von der Mitgliederversammlung gewählt. Erforderlich sind 2/3 der Stimmen aller anwesenden Mitglieder.
3. Probemitglieder sind alle Träger\*innen von Einrichtungen und Diensten für die ersten 12 Monate ab Annahme der Beantragung der Mitgliedschaft. Die Probemitgliedschaft geht nach Bewilligung durch den Vorstand in die Ordentliche Mitgliedschaft über. In begründeten Fällen kann der Vorstand auf Antrag den Probezeitraum verändern.
4. Alle Mitglieder verpflichten sich, den Verband in der Erfüllung der in § 2 genannten Aufgaben zu unterstützen.
5. Die Mitgliedschaft ist schriftlich zu beantragen. Über den Antrag entscheidet der Vorstand.
6. Die Zahl der Mitglieder gemäß § 4 Abs. 1 a) bis e) ist pro Träger\*in auf eins begrenzt.

### **§ 5 Erlöschen der Mitgliedschaft**

---

1. Die Mitgliedschaft erlischt
  - a) bei Ordentlichen Mitgliedern mit der endgültigen Beendigung der Tätigkeit.
  - b) bei fördernden Mitgliedern durch Tod bzw. Erlöschen der Rechtspersönlichkeit.
  - c) durch Austrittserklärung. Der Austritt ist nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zulässig und muss schriftlich erfolgen.

- d) durch Ausschluss aus dem Verband. Für den Ausschluss ist eine Mehrheit von 2/3 der Vorstandsmitglieder erforderlich. Der Ausschluss ist nur aus wichtigem Grund möglich. Gegen den Beschluss des Vorstandes kann Berufung eingelegt werden. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Berufung. Die Berufung ist innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Ausschlussklärung bei der Verbandsgeschäftsstelle einzulegen. Die Mitgliedschaft des Betroffenen ruht bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung.
- e) bei Probemitgliedern mit Zeitablauf der Probemitgliedschaft.

## **§ 6 Organe des Verbandes**

---

1. Organe des Verbandes sind:
  - a) die Mitgliederversammlung
  - b) der Vorstand, bestehend aus einem/einer Vorsitzenden, einem/einer ersten Stellvertreter\*in, einem/einer zweiten Stellvertreter\*in und einem/einer Beisitzer\*in
2. Die folgenden Organe können gebildet werden:
  - a) der Beirat, bestehend aus den vom Vorstand berufenen Mitgliedern
  - b) ständige und/oder temporäre Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen

## **§ 7 Organisation**

---

1. Die Leitung des Verbandes obliegt dem Vorstand. Er stellt Personal für die Geschäftsführung im Rahmen des Stellenplanes ein, richtet die Geschäftsstelle ein und beauftragt und beaufsichtigt diese. Der/die Vorsitzende ist allein zur Vertretung des Verbandes berechtigt. Des Weiteren können zwei der übrigen Vorstandsmitglieder, jeweils gemeinschaftlich handelnd, den Verband vertreten.
2. Der Vorstand führt die Geschäfte des Verbandes auf der Basis der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung sowie des Vorstandes. Der nichtvertrauliche Teil der Vorstandssitzungen ist verbandsöffentlich. Der/die Vorsitzende hat über die Arbeit des Vorstandes den Mitgliedern Rechenschaft abzulegen. Der Vorstand kann für seine Tätigkeit neben der Reisekostenerstattung eine angemessene Tätigkeitsvergütung erhalten, deren Höhe von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.
3. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren mit einfacher Mehrheit.
4. Bei einer notwendig werdenden Nachwahl erfolgt diese jeweils nur für den Rest der Wahlperiode.
5. Der Beirat berät den Vorstand.
6. Der Vorstand kann ständige oder temporäre Arbeitsgruppen für bestimmte Aufgaben einrichten.
7. Der Vorstand kann zur Sicherung der Nachfolge des Vorstandes durch Beschluss weitere Personen ohne Stimm- und Vertretungsrecht als Volontär\*innen in die Arbeit des Vorstandes einbinden.

## **§ 8 Stimmberechtigung und Beschlüsse der Gremien, Einladungen**

---

1. Stimmberechtigt in den Organen sind alle Mitglieder nach §4 Nr. 1 und 2 dieser Satzung vertreten im Organ. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes stimmberechtigtes Mitglied ist

- möglich. Die Stimmübertragung muss durch schriftliche Vollmacht erfolgen, die jeweils nur für die eine Sitzung gilt. Ein Mitglied darf nur ein zusätzliches Stimmrecht ausüben.
2. Jedes Mitglied nach §4 Nr. 1 und 2 dieser Satzung hat, unabhängig von der Zahl der von ihm betriebenen Einrichtungen und Diensten, eine Stimme. Bei Eintritt in den Verband ist der/die stimmberechtigte VertreterIn des Verbandsmitglieds namentlich zu benennen. Bei Wechsel dieser Person ist die Übertragung des Stimmrechts auf eine andere Person namentlich anzuzeigen. Die Anzeige muss spätestens bis zum Beginn einer Sitzung vorgelegt sein. Die stimmberechtigte Person für das Verbandsmitglied ist bei der jeweiligen Anmeldung zu benennen.
  3. Alle (Ausnahme: Mitgliederversammlung) Versammlungen sind beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der Mitglieder des Organs vertreten sind. Darüber hinaus ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung für die Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
  4. Alle Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Wahlen zum Vorstand sind geheim durchzuführen. Andere Wahlen werden per Akklamation durchgeführt, außer wenn ein Mitglied geheime Wahlen beantragt.
  5. Alle Einladungen sind in Textform zu übermitteln. Zu den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen werden alle Mitglieder des Verbandes vom Vorstand eingeladen. Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt spätestens einen Monat vor dem Versammlungstermin, Zu den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen genügt eine Ladungsfrist von 14 Tagen, der Vorsitzende des Organs lädt ein.
  6. Die Bestimmungen des § 12 (Auflösung) bleiben unberührt.
  7. Alle Versammlungen der Organe des Verbandes werden von ihrem jeweiligen Vorsitzenden oder dessen Vertreter geleitet. Über die Versammlungen sind Protokolle anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer unterzeichnet werden. Über die Teilnehmer an einer Versammlung ist eine Anwesenheitsliste zu führen. Alle Protokolle und Anwesenheitslisten sind innerhalb von 14 Tagen abschriftlich bei der Geschäftsstelle oder dem Vorsitzenden zu hinterlegen. Jedes Mitglied hat das Recht, ein Protokoll anzufordern.

## **§ 9 Mitgliederversammlung**

---

1. Jedes Jahr findet vor dem 1. April eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung hat mindestens folgende Punkte zu enthalten:
  - a) Bericht des Vorstandes
  - b) Bericht der Rechnungsprüfer\*innen
  - c) Aussprache
  - d) Entlastung des Vorstandes
  - e) Neuwahlen in den Vorstand (alle zwei Jahre)
  - f) Neuwahl der Rechnungsprüfer\*innen (alle zwei Jahre)
  - g) Wahl der Delegierten für die Delegierten- bzw. Mitgliederversammlung des Bundesverbandes (alle zwei Jahre)
  - h) Berichte der Arbeitsgruppen
  - i) Festlegung des Haushaltsplanes für das kommende Jahr (einschl. Stellenplan)
  - j) Festlegung und Änderung der Beitragsordnung (wenn erforderlich)
  - k) Festlegung des Tagungstermins und des Tagungsortes für die nächste Mitgliederversammlung
  - l) Beschluss über die Regelungen der Reisekostenerstattungen und der Tätigkeitsvergütungen.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tritt zusammen, wenn der Vorstand sie einberuft oder mindestens ein Viertel der Mitglieder sie beantragt oder wenn ein regionaler Arbeitskreis mehrheitlich eine Mitgliederversammlung verlangt. Sie muss innerhalb von 8 Wochen nach Antragstellung abgehalten worden sein.
3. Die Tagesordnung der Mitgliederversammlung wird vom Vorstand aufgestellt. Anträge von Mitgliedern zur Tagesordnung müssen zwei Wochen vor der Ladefrist schriftlich beim Vorstand eingereicht sein. Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn der Versammlung beim Vorstand abgegeben werden. Die Dringlichkeit muss gegenüber der Versammlung begründet werden, die Mitgliederversammlung entscheidet über die Dringlichkeit.
4. Die Delegierten vertreten die Interessen des Landesverbandes und seiner Mitglieder auf der Delegierten- bzw. Mitgliederversammlung des Bundesverbandes. Die Anzahl der Delegierten richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesverbandes. Die Delegierten werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

## **§ 10 Arbeitskreise, Arbeitsgruppen**

---

1. Die Mitglieder können sich in Arbeitskreisen zusammenschließen.
2. Zur Lösung bestimmter Aufgaben und Probleme können der Vorstand oder die Mitgliederversammlung Arbeitsgruppen als temporäre oder ständige Organe berufen.
  - a) Die Arbeitsgruppen wählen eine\*n Vorsitzende\*n und eine\*n Stellvertreter\*in.
  - b) Die Arbeitsgruppen können sich eine Geschäftsordnung geben.

## **§ 11 Beiträge und Finanzen**

---

1. Zur Erfüllung der Aufgaben des Verbandes hat jedes Mitglied einen Jahresbeitrag (= Mitgliedsbeitrag) zu leisten. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird in der Beitragsordnung festgelegt. Die Beitragsordnung wird von der Mitgliederversammlung beschlossen.
2. Es ist ein Haushaltsplan aufzustellen, der die voraussichtliche Verwendung der Mittel festlegt. Der Vorstand ist an diesen Haushaltsplan gebunden und kann die Ansätze des Planes nur aus wichtigem Grund und um max. 10% überschreiten. Für Veränderungen ist ein Nachtragshaushalt zu erstellen.
3. Auf der Mitgliederversammlung ist die Jahresrechnung für das abgelaufene Jahr vorzulegen.
4. Es sind zwei Rechnungsprüfer\*innen zu wählen, die die Buchführung mindestens einmal jährlich stichprobenartig überprüfen und der Mitgliederversammlung berichten und die Entlastung des Vorstandes beantragen.
5. Die Mitgliederversammlung legt den Entscheidungsspielraum bei der Verwendung der Mittel für den/die Vorsitzende\*n und/oder die Geschäftsführung fest.
6. Den regionalen Arbeitskreisen und/oder den Arbeitsgruppen können Mittel zur eigenen Verwaltung zugewiesen werden.

## **§ 12 Satzungsänderung und Auflösung des Verbandes**

---

1. Eine Änderung der Satzung kann nur in einer dazu berufenen Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der erschienenen Mitglieder beschlossen werden.
2. Die Auflösung des Verbandes kann nur in einer dazu berufenen Mitgliederversammlung mit 3/4 Mehrheit der erschienenen Mitglieder beschlossen werden, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder auf dieser Versammlung vertreten ist. Ist eine solche Versammlung nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von 14 Tagen eine zweite Versammlung einzuberufen, welche mit 3/4 Mehrheit der anwesenden Mitglieder endgültig beschließt. Die Liquidator\*innen werden von der die Auflösung beschließenden Versammlung bestimmt.
3. Im Falle der Auflösung beschließt die letzte Mitgliederversammlung, welcher gemeinnützigen Vereinigung der freien Jugendhilfe das Vermögen des Verbandes zufließen soll. Die Verwendung des Vermögens soll in einer dem § 2 der Satzung entsprechenden Weise nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes erfolgen.

---

### **Anlage(n)**

#### **1) Gültige Beitragsordnung des VPK Landesverbandes Baden-Württemberg e.V.**

##### **Beschluss / Änderungen:**

*Die Satzung wurde beschlossen am 20.03.1996.*

*Geändert und abgestimmt (Anpassung der Satzung des Landesverbandes an die ab dem 01.01.2008 geänderte Satzung des Bundesverbandes) am: 07. November 2007*

*Geändert und abgestimmt (Anpassung der Satzung des Landesverbandes an die ab dem 01.01.2010 geänderte Satzung des Bundesverbandes) am: 24. März 2010*

*Geändert und abgestimmt (Anpassung an SGB VIII, an Satzung des Bundesverbandes und Inklusion) Mitgliederversammlung am: 26.03.26*